

Öffentlicher Teil der Niederschrift

über die 13. Sitzung des Ortsgemeinderates der Ortsgemeinde Hardert

am 13.09.2016

Tagungsort: Dorfgemeinschaftshaus Hardert (Vereinsraum)
Sitzungsbeginn: 20:20 Uhr
Sitzungsende: 20:50 Uhr

Sitzungsteilnehmerinnen und Sitzungsteilnehmer:

Vorsitzender: Philippi, Rainer (Ortsbürgermeister/in)

Mitglieder: **fraktionslos:**
Adams, Alexander
Berg, Hans Peter
Dillenberger, Franz-Wilhelm
Dittrich, Martina
Pastornicky, Ulrich
Reupke, Martina
Schmidt, Peter Wolfgang
Schneider, Michael
Theisen, Andreas

Gäste/Zuhörer: 7 Zuhörer

Aus der Verwaltung: Runkel, Michael

Es fehlen: Anhäuser, Dirk (entschuldigt)
Reupke, Bernd (entschuldigt)
Schreiber, Günter (entschuldigt)

Die Sitzung hat folgende Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Information und Beratung zur Kommunal- und Verwaltungsreform
2. Information zur Öffentlichkeit im Gemeinderat und seinen Ausschüssen
3. Rats- und Bürgerinformationssystem
(Vorlage Nr. 14-19/HAR/0001)
4. Umsetzung der Verkehrsschranke zwischen K104 und K105
5. Mitteilungen/Verschiedenes
6. Einwohnerfragestunde

1. Information und Beratung zur Kommunal- und Verwaltungsreform

Der Vorsitzende berichtet über die diesbezügliche Informationsveranstaltung unter Beteiligung von Vertretern des Ministeriums des Innern und für Sport am 30.08.2016 im Dorfgemeinschaftshaus Hardert. Hierbei wurde von den Vertretern des Ministeriums klar zum Ausdruck gebracht, dass angestrebt wird, die nach Gutachtenlage vorgesehene Fusion der beiden Verbandsgemeinden Rengsdorf und Waldbreitbach zum 01.01.2018 vorzugsweise freiwillig umzusetzen. Bei einer freiwilligen Fusion wurde von Seiten des Landes eine Entschuldungshilfe i.H.v. 2 Mio. € in Aussicht gestellt, andernfalls werde eine unfreiwillige Fusion („Zwangsfusion“) per Gesetz erfolgen.

Der Vorsitzende fasst nochmals die geschichtliche Entwicklung der Verbandsgemeinden in Rheinland Pfalz sowie die gesetzliche Ermächtigung zur Kommunal- und Verwaltungsreform aus dem Jahr 2010 zusammen.

Als Chancen für die neu entstehende Verbandsgemeinde mit deren Sitz in Rengsdorf könnte nach Ansicht des Vorsitzenden eine Aufwertung des Unterzentrums Rengsdorf einhergehen. Ferner sollte die Zusammenfassung der beiden Verwaltungsstrukturen langfristig zu Kosteneinsparungen bei der Verwaltung führen. Als Nachteil für die Ortsgemeinden in der jetzigen VG Rengsdorf ist mit einer höheren finanziellen Belastung durch eine höhere Verbandsgemeindeumlage zu rechnen. Da die Vorteile für das Gemeinwohl insgesamt nach Ansicht des Vorsitzenden überwiegen, steht er einer Fusion grundsätzlich positiv gegenüber. Um die in Aussicht gestellte Entschuldungshilfe zu erhalten und den Verhandlungsspielraum einer Vereinbarung zu nutzen ist er für eine freiwillige Fusion. Es folgt ein Meinungsaustausch innerhalb des Gemeinderates.

Ratsmitglied (RM) Martina Reupke sieht die finanzielle Mehrbelastung der Ortsgemeinde Hardert durch den Anstieg der VG-Umlage kritisch. RM Schmidt sieht die Fusion als beschlossene Sache an, nun gelte es im Rahmen der Verhandlungen das Beste für die Gemeinden herauszuholen. Im Hinblick auf die o.a. Entschuldungshilfe spricht auch er sich für eine freiwillige Fusion aus, wobei die eingesetzte Lenkungsgruppe versuchen sollte, das Maximum für beide Fusionspartner zu erreichen. Dieser Meinung schließen sich die RM Adams und Theisen an, wobei RM Theisen ein Zukunftskonzept für die „neue“ Verbandsgemeinde anregt. RM Dillenberger sieht die Fusion hingegen kritisch, er fühlt sich durch das Vorgehen der Landesregierung erpresst, da er keinerlei Wahlmöglichkeit erkennen kann.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass die Mehrheit der anwesenden Ratsmitglieder einer freiwilligen Fusion positiv gegenüber steht. Eine Beschlussfassung ist nicht erforderlich, da zunächst die Beschlüsse der beiden Verbandsgemeinderäte erfolgen und die Beteiligung der verbandsangehörigen Ortsgemeinden mit entsprechender Beschlussfassung im weiteren Verfahren erfolgen wird.

2. Information zur Öffentlichkeit im Gemeinderat und seinen Ausschüssen

Der Vorsitzende informiert über das am 01.07.2016 in Kraft getretene Landesgesetz zur Verbesserung direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene (LGVDiBakE). Dieses Gesetz soll den Bürgerinnen und Bürgern die Entscheidungen und das

Handeln der Kommunen transparenter machen und räumt ihnen gleichzeitig mehr Mitwirkungsmöglichkeiten, z.B. bei der Aufstellung des Gemeindehaushaltes, ein.

So werden künftig zahlreiche Tagesordnungspunkte dem öffentlichen Sitzungsbereich zugeordnet, die Vergabe von Aufträgen und das Einvernehmen nach § 36 BauGB sind künftig grundsätzlich im öffentlichen Sitzungsteil zu behandeln.

Lediglich bei datenschutzrechtlichen Belangen oder schutzwürdiger Interessen Dritter werden einzelne Themen auch künftig dem nichtöffentlichen Sitzungsteil zugeordnet, hier ist eine sorgfältige Abwägung zu treffen. Die entsprechenden Beschlüsse der nichtöffentlichen Sitzung sind jedoch bekannt zu machen.

Weiterhin werden in Zukunft die meisten gemeindlichen Ausschusssitzungen nach dieser gesetzlichen Neuregelung öffentlich sein. So wird z.B. auch der Rechnungsprüfungsausschuss öffentlich tagen, lediglich die Belegprüfung wird in nichtöffentlicher Sitzung erfolgen, da hier schutzwürdige Interessen Dritter betroffen sein können.

Bei der Gestaltung des Gemeindehaushaltes wird den Einwohnern eine aktive Mitwirkungsmöglichkeit eingeräumt. Vor dessen Beschluss haben die Bürger 14 Tage lang die Möglichkeit, den Haushaltsplan einzusehen und Vorschläge zu machen. Erst nach dieser Frist darf über den Haushalt beschlossen werden, wobei der Gemeinderat entscheidet, ob und inwieweit die Vorschläge umgesetzt werden. Soweit der Rat einzelne Vorschläge nicht übernimmt, hat er stets deren Kenntnisnahme zu beschließen.

3. Rats- und Bürgerinformationssystem

Der Vorsitzende berichtet über die Einführung des Rats- und Bürgerinformationssystems in der Verbandsgemeinde Rengsdorf. In diesem System können Unterlagen (wie z.B. Einladungen mit Beschlussvorlagen und Anlagen, Niederschriften u.a.) zu einzelnen Sitzungen veröffentlicht sowie eingesehen bzw. recherchiert werden.

Das Rats- und Bürgerinformationssystem ist auf der Homepage der Verbandsgemeinde Rengsdorf unter „Rathaus und Bürgerservice“ sowie über einen Schnelleinstiegsbutton verlinkt. Mit einem persönlichen Zugangscode können die jeweiligen Rats- und Ausschussmitglieder ihre Sitzungsunterlagen anschauen und herunterladen. Ebenso haben interessierte BürgerInnen die Möglichkeit nach veröffentlichten Sitzungen u.a. zu recherchieren.

Für die weitergehende Nutzung des Systems und den Erhalt der Zugangsdaten sind die Daten aller Rats- und Ausschussmitglieder notwendig, ebenfalls die Freigabe, welche Daten veröffentlicht werden dürfen. Hierbei ist es von Vorteil, dass eine E-Mail-Adresse freigegeben wird. Ein entsprechendes Stammdatenblatt wurde den Ratsmitgliedern übermittelt. Der Empfang von zukünftigen Sitzungsunterlagen sowie die Recherche über Sitzungen in Form einer papierlosen Gremienarbeit wird hiermit in Zukunft angestrebt.

Es ist beabsichtigt, die Sitzungsniederschriften der Ortsgemeinden rückwirkend ab der Legislaturperiode 2014 in dem Rats- und Bürgerinformationssystem zu erfassen.

Aus dem Gemeinderat wird angeregt, dass ein entsprechender Link auf der Gemeindehomepage angebracht werden soll.

Der Vorsitzende erinnert an die Rückgabe des Stammdatenblattes an die VGV Rengsdorf. Ansprechpartnerinnen sind Frau Blasius und Frau Weißenfels.

4. Umsetzung der Verkehrsschranke zwischen K104 und K105

Die Schranke zwischen der K104 und der K105 von der Bonefelder Straße zum Sportplatz war defekt und ist abgebaut worden. Aufgrund der Umfahrungsmöglichkeit ist ein Aufbau an der bisherigen Stelle nicht sinnvoll. Zunächst war geplant, die Schranke im Bereich des Sportplatzes aufzubauen. Da dies aber die Hauptzufahrt des bewirtschaftenden Landwirtes ist, soll die Schranke im unteren Bereich des Wirtschaftsweges ca. 30 Meter von der Einmündung der Bonefelder Straße entfernt errichtet werden. Hierdurch wird der fließende Verkehr auf der K 105 / Einmündung Wirtschaftsweg und Breite Straße nicht beeinträchtigt und es ist keine Umfahrungsmöglichkeit vorhanden.

Die Umsetzung kann in Eigenleistung erfolgen, sodass lediglich geringfügige Materialkosten entstehen werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

Ja-Stimmen: 10

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

5. Mitteilungen/Verschiedenes

Der Vorsitzende teilt folgendes mit:

- An der Einmündung Bonefelder Straße / Rosenbergstraße wird eine Sperrfläche markiert. Entsorgungsfahrzeuge und Busse mussten aufgrund abgestellter Fahrzeuge bereits häufiger den Gehweg befahren, dies soll künftig vermieden werden.
- Ein Apfelbaum in der Verlängerung der Bergstraße an einer Bank ist nicht mehr vital und muss beseitigt werden. Der Vorsitzende fragt an, ob ein Ratsmitglied bzw. ein Bürger bereit wäre, einen neuen Baum für den Platz zu stiften.
- Der Vorsitzende stellt klar, dass die beim Bau der Grillhütte erbrachten ehrenamtlichen Arbeitsstunden nicht mehr auf die Grillhüttenmiete angerechnet werden. Dies sei schon vom Gemeinderat der vorherigen Legislaturperiode festgelegt worden.
- Der Seniorenbeirat der VG Rengsdorf hat einen Notfallordner zusammengestellt, der gegen eine Gebühr von 5,-€ bei der VGV Rengsdorf erworben werden kann.
- RM Dillenberger erkundigt sich nach dem Sachstand der Risse-Sanierung der Gemeindestraßen. Er hat sich bereits in den vorigen Sitzungen hiernach erkundigt, leider sei bisher aber noch nichts passiert. Er weist darauf hin, dass die Sanierung dringend notwendig ist. Sollte sie dieses Jahr wieder nicht durchgeführt werden, sind über den Winter hohe Folgeschäden zu befürchten. RM Schmidt ist der Ansicht, dass beim Eintritt solcher Folgeschäden jemand verantwortlich gemacht werden sollte, schließlich habe der Gemeinderat ja bereits des Öfteren auf die Notwendigkeit der

Risse-Sanierung hingewiesen. Der Vorsitzende erklärt, dass die Maßnahme von der VGV Rengsdorf, Herrn Weißenfels, in Auftrag gegeben wurde. Die beauftragte Firma ist jedoch im Zeitverzug, Herr Weißenfels hat aber zugesichert, dass die Sanierung in Kürze durchgeführt wird.

6. Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner erkundigt sich nach dem Sachstand Windkraftanlagen in der Harderter Gemarkung. Er ist Mitglied der Bürgerinitiative (BI), die einen Brief an die Fürstin zu Wied als Grundstückseigentümerin und Mitinhaberin der potentiellen Investorfirma geschrieben hat. Hierin wird die Fürstin um Stellungnahme gebeten, wie sie als Vorsitzende des Naturparks Rhein-Westerwald (der sich gegen ein solches Windrad ausgesprochen hat) einerseits und Mitinhaberin des potentiellen Investors andererseits zu dem Projekt Windräder in der Gemarkung Hardert steht.

Der Vorsitzende erläutert, dass er diese Frage in einem persönlichen Gespräch mit der Fürstin angesprochen hat. Er sieht die Angelegenheit jedoch als völlig ergebnisoffen an, von Seiten der Fürstin zu Wied hat er leider keine konkrete Zusage erhalten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen schließt der Vorsitzende den öffentlichen Sitzungsteil und wünscht den Zuhörern einen guten Nachhauseweg.

Der Vorsitzende:

gez.

Dr. Rainer Philippi
Ortsbürgermeister/in

Der Schriftführer:

gez.

Michael Runkel